

Wirtschaftlicher Anschluß an Deutschland

Vom Geheimen Rat Josef Szterenyi,
Staatssekretär a. D., Mitglied des ungarischen
Reichstages.

Die Frage des wirtschaftlichen Anschlusses an Deutschland wurde in der Nummer vom 17. d. Ihres geschätzten Blattes von Kommerzialrat Julius Meinel behandelt, mit einer Tendenz, als wäre Ungarn gegen einen wirtschaftlichen Anschluß. Auf freundliche Einladung der geehrten Redaktion will ich mich nun über diese Angelegenheit kurz äußern und den ungarischen Standpunkt kennzeichnen. Wiederholt begegnen wir dem Vorwurf, der auch in dem erwähnten Aufsatz stark zum Ausdruck kommt; es ist ein Rätsel der ungarischen Politik, daß — wie es scheint — ihre führenden Geister dies nicht einsehen wollen, namentlich, daß Ungarn nur weiter ein Agrarstaat bleiben soll, der seine Landwirtschaft entwickeln soll, seine Industrie aber ihrem Lose überlassen, sie wird sich schon entwickeln, wenn die Vorbedingungen dafür vorhanden sind. Mit anderen Worten will das so viel heißen: Laßt uns weiter fortfahren auf dem bisherigen Weg; kümmern euch nicht darum, ob ihr eure zunehmende Bevölkerung daheim ernähren könnt oder aber die schon mehr als zwei Millionen Emigranten zählende ungarische Bevölkerung in Amerika und anderwärts noch vermehrt, um der dortigen Industrie gegen Europa die besten Arbeitskräfte zu liefern; tragt nur die Lasten des Staates und der Monarchie weiter, wenn notwendig im erhöhten Maße, unbeachtet ob die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung dies gestattet usw. Auf gut deutsch übersetzt, ist das die eigentliche Auffassung solcher Aufsätze, wie der zitierte. Diese Stimme ist uns nicht neu, wir hören sie schon lange, sehr lange her, und es kann wirklich kein „Rätsel der ungarischen Politik“ sein, daß „ihre führenden Geister dies nicht einsehen wollen“. Nein, sie werden es auch nicht einsehen, denn in dem Moment, wo sie dies einsehen sollten, wäre Ungarn einfach geliefert.

Es ist mir nicht recht verständlich, der ich mir das Zeugnis ausstellen darf, an der Verständigung unserer beiden Staaten ehrlich mitgearbeitet zu haben, der ich auch den Standpunkt einer möglichststen wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich vertrete, warum diese antiquierte österreichische Argumentation jetzt in Verbindung mit der deutschen wirtschaftlichen Annäherungsfrage wieder so in den Vordergrund getrieben wird. Sie hat mit dieser Frage nichts, überhaupt nichts zu tun, denn es gibt in Ungarn keinen nur halbwegs vernünftigen Wirtschaftspolitiker, der die möglichste wirtschaftliche Annäherung an Deutschland nicht ehrlich wünschen würde; der es nicht anerkennen würde, daß der ungarischen Landwirtschaft, der ungarischen agrarischen Produktion und dadurch dem Grund und Boden aus einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland sich die größten Vorteile ergeben dürften. Was aber die Industrie betrifft, so nimmt Ungarn keinen von der Auffassung der österreichischen Industrie abweichenden Standpunkt in dieser Frage ein, österreichische und ungarische Industrie sind diesbezüglich ganz einig. Wie in Oesterreich, so gibt es auch in Ungarn Industrielle, die selbst für eine Zollunion ohne Zwischenzölle wären, die Natur ihrer Industrien ist eben eine solche, daß sie hieraus nur Nutzen ziehen könnten. Aber keine einzige der ungarischen Industrien, und meines Wissens nach kein einziger seriöser ungarischer Wirtschaftspolitiker, hat sich gegen die wirtschaftliche Annäherung geäußert, ja die erste Anregung in dieser Beziehung ist noch lange vor Kriegsausbruch von ungarischen wirtschaftspolitischen Kreisen ausgegangen.

Nur betreffs der Form der wirtschaftlichen Annäherung gehen die Ansichten auseinander, aber weniger in Ungarn als in Oesterreich. Aber auch diesbezüglich möchte ich mit Genugtuung feststellen, daß die überwiegende Mehrheit sämtlicher Interessententeile sich mit der Auffassung der gleichen österreichischen Kreise auch diesbezüglich einig fühlt, wie dies auch in beiden mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinen zum Ausdruck kam; die österreichische und die ungarische Auffassung decken sich darin vollkommen.

Selbst in der Unionsfrage als Lösungsform könnte eine Einigung zwischen der ungarischen Industrie und den Verfechtern dieser Form in Oesterreich zustande gebracht werden, wenn die staatsrechtlichen und politischen Schwierigkeiten, die ungarischerseits auch nicht größer sind als österreichischerseits, beseitigt werden würden. „Der österreichischen Industrie muß Zeit und Gelegenheit gegeben werden, sich für die neuen Verhältnisse einzurichten“, heißt es, daher benötigt sie einer Zwischenzollunion. Die ungarische Industrie verlangt auch nichts anderes. Wenn die ungarische Industrie daselbe für sich in Anspruch nehmen will, was die österreichische Industrie für sich als unbedingt notwendig erachtet, kann ihr doch gerechterweise daraus kein Vorwurf gemacht werden. Mein Standpunkt in der Frage des freien Verkehrs ist viel zu bekannt, als daß ich ihn hier erörtern müßte. Wenn aber innerhalb einer Zollunion die österreichische Industrie für sich den Schutz der Zwischenzölle fordert, „um sich für die neuen Verhältnisse einzurichten“, so muß daselbe der unvergleichlich schwächeren ungarischen Industrie auch ermöglicht werden. In dem Moment, da dies ermöglicht wird, selbstverständlich nur für die gleiche Zeit und mit demselben Aufbau, wie es die österreichische Industrie für sich selbst beansprucht, fallen alle Widerstände selbst gegen die Zollunion als Form der Annäherung, insofern diese wirtschaftlicher Natur sind. Hierüber will man aber in Oester-

reich nichts hören. Die politischen und staatsrechtlichen Fragen gehören nicht in das Gebiet der Wirtschaftspolitik.

Ungarn hat ein ganz besonderes Interesse an dem innigen Bündnis mit dem Deutschen Reich; sein nationaler Bestand kann ihm nur durch ein starkes, mächtiges Deutschland gewährleistet werden; die nationale Hegemonie des Deutschtums in Europa, also auch ein deutsches Oesterreich dabei, sichert nur seinen nationalen Charakter gegen eine slawische Ueberflutung; dieses Ungarn wird im eigenen Interesse der wirtschaftlichen Stärkung unseres Bündnisses nie im Wege stehen. Es muß nur die entsprechende Form dazu gefunden werden, die allen Interessen Rechnung trägt. Ich hege die feste Ueberzeugung, daß sie gefunden werden wird, weil sie gefunden werden muß. Der Weg, der dahin führt, kann aber nicht jener sein, der für das Mißlingen der einen oder anderen Lieblingsidee tendenziös Sündenböcke beim anderen sucht, sondern daß wir mit vereinten Kräften trachten, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, denn sonst könnte es sich an unserem gegenseitigen Verhältnis wiederholen, was Fürst Bismarck in seinem Briefe an den Grafen Rechberg in derselben Frage auf das deutsche und österreichische Verhältnis schrieb (29. September 1864): „Sie selbst wollen die Zollvereinigung nicht, halten sie für ein Unglück Oesterreichs, weil sie dessen freie Bewegung hemmen würde; wir wollen sie auch nicht, es ist also ein Streit um des Kaisers Bart, und doch wirkt er durch die Lebhaftigkeit, mit der er geführt wird, durch den Schein von Wichtigkeit, den man dem Resultat beilegt, entfremdend auf die gegenseitige Stimmung der öffentlichen Meinung bei uns und in Oesterreich.“ Ich kann mir nicht vorstellen, daß das beabsichtigt wäre.